

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

11.6.1932 (No. 134)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnisse
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
G. K. n. e. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassentabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Bereinarbeit mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanngewisser Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Begehung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Wissenschaft, Badische Wochenblätter, Antliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Eine Rede des Reichskanzlers

„Grundsätzlich neue Richtung der Staatsführung“
W.B. Berlin, 11. Juni. (Tel.) Auf der Vollversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates führte Reichskanzler von Papen in seiner Ansprache u. a. aus:

In einer der entscheidendsten Stunden der Nachkriegsentwicklung hat der Herr Reichspräsident mich zu dem neuen Amt berufen, und ich lege Wert darauf, zu betonen, daß die Bildung der neuen Regierung wenig zu tun hat mit dem gewohnten üblichen Wechsel parlamentarischer Kabinette, sondern daß es sich hier um die Dokumentierung einer grundsätzlichen neuen Richtung der Staatsführung — selbstverständlich im Rahmen der Reichsverfassung — handelt.

Die unerhörte geistige und materielle Lage des deutschen Volkes verlangt eine Loslösung der Regierungsführung aus den Fesseln parteipolitischen Denkens und parteipolitischer Doktrinen. Sie verlangt eine Zusammenfassung aller Kräfte zur Wiedergeburt Deutschlands. Die Gesamtlage, welche die Regierung vorfindet — das ist, ich stelle es ausdrücklich fest, nicht die Schuld der letzten Regierung, die bemüht gewesen ist, eine klare Bilanz zu ziehen —, ist auf allen Gebieten fast verzweifelt. Die private Wirtschaft jeder Art ist in einem Ausmaß gerichtet, dessen Zurückbarkeit noch nicht entfernt erkannt ist. Die Wiederherstellung aber der wirtschaftlichen, finanziellen und nicht zuletzt der politischen Ordnung erfordert von der neuen Regierung ein sofortiges Anpassen der grundlegenden Probleme, deren Lösung, allen Volksschichten zugleich, schwere persönliche Opfer, Entfagungen und Entbehrungen auferlegen wird.

Diese Opfer sind nicht vertretbar, wenn es nicht gelingt, die dem deutschen Volke innewohnende ungeheure moralische Kraft offenkundig auf das eine große gemeinsame Ziel zu lenken: Wiedergewinnung der inneren und äußeren Freiheit und die Lebensmöglichkeit von Volk und Land.

Demgemäß wird das Ziel dieser Regierung sein, eine neue, einheitliche Willensbildung der Nation herbeizuführen. Die Regierung ist der Ansicht, daß der neue Reichstag eine einseitige Mehrheit für die Politik geistig-sittlicher Gesundung, wirtschaftlicher Neuordnung auf christlicher, nationaler und sozialer Grundlage erbringen muß.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Wort über die Auffassung der neuen Reichsregierung von ihren sozialen Pflichten sagen: Eine der unerfreulichsten Arten, das Ziel der neuen Regierung zu verfälschen, ist die Unterstellung, daß ihre Haltung unsozial sei. Wir sind der Ansicht, daß es veräuht worden ist, den Aufbau eines rein staatlichen Versicherungsschutzes seinem Umfang nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen, die ein so verarmtes, wirtschaftlich darniederliegendes Land im Augenblick noch hat. Es ist aber auch ein grundlegendes Verum, daß der omnipotente, unpersonliche Staat an die Stelle der persönlichen Verpflichtung des Arbeitgebers treten könne.

Die Verantwortlichkeiten, die aus der gottgewollten organischen Regelung der Dinge erwachsen, müssen wieder aufgerichtet, die Verbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden. Gemäß hat angesichts der Größe und des Umfangs der Notlage unseres Volkes auch der Staat klare Verpflichtungen zu sozialer Hilfe, und die Regierung wird es als ihre vornehmste und ernsteste Pflicht betrachten, die dahingehenden Einrichtungen den notleidenden Volksgenossen auch über diese Krise hinweg zu erhalten. Darüber hinaus aber sieht sie den besten Weg sozialer Fürsorge in dem Bestreben, alles zu tun, um durch einen organischen Umbau der Wirtschaft die Fehler des kapitalistischen Systems auszumergen und den Volksgenossen Arbeit und Brot zu verschaffen.

Wir sind mit dem Deutschen Landwirtschaftsrat einig in der Auffassung, daß eine gesunde Landwirtschaft und die Liebe zur Scholle die Vorbedingung nicht nur der materiellen Ernährung, sondern mehr noch der Erneuerung des Landes ist.

Eine gesunde Landwirtschaft ist auch ein dringendes nationales Erfordernis. Einmal gilt es, das Letzte herzugeben, um Deutschlands heimische Ernährungsbasis zu erhalten, darüber hinaus aber verlangt die Lage in den Grenzgebieten Maßnahmen, die der Stärkung des nationalen Selbstbehauptungswillens dienen. Eine starke, zielbewusste Agrarpolitik ist das Fundament jeder gesunden Entwicklung, die in sorgfamer Abwägung der Interessen auch der anderen Berufsstände der Gesamtheit der deutschen Wirtschaft gerecht wird.

Rede des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Hr. v. Braun, verbreitete sich ausführlich über die Grundzüge der künftigen Agrarpolitik der Reichsregierung und erklärte, die Verschärfung der bäuerlichen Betriebe im Westen nehme bedeutend schneller zu als im Osten. Dringende Hilfe sei notwendig. Auf das Problem der Autarkie übergehend, erklärte der Minister, daß seine Rede von einer völligen Loslösung von der Welt sein könne. Die Autarkie sei kein Ziel, sie sei Schicksal.

Auf dem Getreidegebiete müsse für eine auskömmliche Verwertung der kommenden Getreidernte durch das Zusammenwirken von handelspolitischen und finanzpolitischen Maßnahmen gesorgt werden. Auf den Märkten der Berebelungsprodukte sei die Lage katastrophal. In der Kartoffelfrage wird der erhöhten technischen Bewertung, wobei der Minister auch die Preisfrage erwähnte, besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sein. Beim Zucker müsse wenigstens dem verminderten Anbau ein angemessener Preis gesichert bleiben. Auf dem Gebiete des Gemüses, Obst- und Weinbaues sei eine Besserung der Lage nur durch Änderung der bisherigen Handelsvertrags-

Letzte Nachrichten

Die Verhandlungen der Reichsratsausschüsse

Besprechungen der Ministerpräsidenten der Länder

W.B. Berlin, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Wie angekündigt, sind die Vereinigten Reichsratsausschüsse heute vormittag um elf Uhr zusammengetreten. Reichskanzler von Papen hat die Verhandlungen mit einer kurzen Rede eingeleitet, in der er im wesentlichen dieselben Gesichtspunkte entwickelte, wie in seiner Rede vor dem Landwirtschaftsrat. Auf Wunsch aus Kreisen des Reichsrates wurden die Verhandlungen der Ausschüsse unterbrochen, um den Ministerpräsidenten der Länder Gelegenheit zu interner Besprechungen mit dem Reichskanzler zu geben. Mittags um ein Uhr werden dann die Verhandlungen der Reichsratsausschüsse fortgesetzt.

Aufhebung des SA- und Uniformverbots am Mittwoch

W.B. München, 11. Juni. (Priv.-Tel.) Der „Bäilische Beobachter“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, es sei bestimmt damit zu rechnen, daß am Mittwoch der kommenden Woche die SA- und Uniformverbote aufgehoben werden.

Die Aussichten der Lausanner Konferenz

Optimistische Beurteilung in England

W.B. London, 11. Juni. (Tel.) Der Pariser „Times“-Korrespondent meldet, daß Herris optimistische Bemerkungen über die kommenden Lausanner Besprechungen in anderen Kreisen Befriedigung finden. Man legt sie dahin aus, daß man die harte Haltung der vorigen französischen Regierung, die die Genfer Verhandlungen zum Stillstand gebracht und die Lausanner Konferenz noch vor ihrem Beginn fast sabotiert hat, aufgeben will. „News Chronicle“ erklärt, daß in offiziellen Kreisen größerer Optimismus Platz gegriffen habe. Befürchtungen einer Obstruktion seitens Deutschlands seien im Schwunden. Die Haltung Frankreichs sei milder geworden.

„Times“ sagt, jetzt sei die Zeit gekommen, wo das Ende der Reparationszahlungen ins Bildfeld gerückt werden müsse. Wenn das in diesem Monat noch nicht erreicht werden könne, so könne wenigstens betont werden, daß grundsätzlich eine Streichung ins Auge zu fassen sei, und es könne der Apparat geschaffen werden, der die schließliche Beendigung der Reparationen mit der Beendigung der anderen internationalen Schulden zusammenfallen lasse. Völlige und unmittelbare Streichung möge weder durchführbar, noch in den Augen vieler moralisch noch wirtschaftlich wünschenswert sein. Andererseits aber erwarte in England niemand irgendwelche weiteren Zahlungen von Deutschland. Der Premierminister mühte daher in der Lage sein, lähn den Weg zu weisen. Die englische Regierung könnte z. B. ihre Bereitwilligkeit erklären, ein jedes Land, das seinen Anspruch auf Reparationen von Deutschland aufgibt, von seinen Zahlungsverpflichtungen England gegenüber zu entbinden. Eine solche Erklärung würde als wichtiger Ansporn auf andere wirken.

W.B. Paris, 11. Juni. (Tel.) Der Begegnung Macdonald-Herriot bringt die Morgenpresse größte Aufmerksamkeit entgegen. Eine Verständigung zwischen Paris und London würde lebhaft begrüßt werden, doch bleiben gewisse Klätter skeptisch. So fragt „Journal“, was Macdonald eigentlich beabsichtige. Aus englischen Presseäußerungen müsse man glauben, daß die Unterredung Macdonald-Herriot unter dem gleichen Vorzeichen, was man eine „freundliche Lösung“ nennen könnte. „People“ bezieht sich auf das Manifest der Gewerkschaftsinternationale und erklärt, daß es angesichts der Weltwirtschaftskrise sich nicht darum handeln könne, eine provisorische Lösung zu finden, sondern daß eine endgültige Reparationsregelung getroffen werden müsse.

Das endgültige Wahlergebnis von Mecklenburg-Schwerin

Noch nationalsozialistische Mehrheit

W.B. Schwerin, 11. Juni. (Tel.) Der Landeswahlausschuh stellte heute das endgültige Ergebnis der mecklenburg-schwerinschen Landtagswahl vom 5. Juni fest. Daraus ergibt sich, daß die Nationalsozialisten doch die absolute Mehrheit im neuen Landtag erhalten.

Die Sozialdemokraten erhalten 18 Mandate, die Kommunisten 4, die Nationalsozialisten 30, die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mitte 1, die Deutschnationalen 5, die Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger 1 Mandat.

politik und von der Einsicht der Verbraucher zu erwarten, die endlich einmal deutschen Erzeugnissen den Vorzug geben sollten. Schwere Sorge bereite der Reichsregierung die Lage der deutschen Forst- und Holzwirtschaft. Hier sei bringende Abhilfe geboten. Eine aus zollpolitischen Gesichtspunkten liegende Maßnahme werde in den allerersten Tagen veröffentlicht werden. Im Rahmen der allgemeinen Maßnahmen werde die Hilfsaktion für den Osten in beschleunigtem Tempo fortgesetzt werden.

Bezüglich der Stielungs erklärte der Minister, daß er die Ausfiedlung deutscher Bauern im Osten aus nationalpolitischen, wirtschaftlichen und sonstigen Gründen als eine der dringenden Aufgaben von Reich und Staat ansehe.

* Zur politischen Lage

Programatische Erklärungen

Der neue Reichsinnenminister, Freiherr von Gayl, hat am Donnerstag im Reichsrat eine längere Rede gehalten, die programatische Bedeutung beizumessen ist. Die Rede wird auch im deutschen Süden schon allein deshalb größte Beachtung finden, weil sie ein Bekenntnis zum Föderalismus enthält, wie man es in dieser Form und dieser Betonung nicht oft von einem Reichsminister vernommen hat.

Herr von Gayl gehört zu den deutschen Staatsmännern, die erkannt haben, daß „die stärksten Kräfte unseres Volkes im Heimatboden und in der Liebe zur angestammten Heimat wurzeln“. Die Eigenart der deutschen Stämme ist seiner Meinung nach geradezu etwas „Heiliges, das der liebevollen Pflege bedarf“. Der kulturelle Hochstand unseres Volkes verdankt, wie der Minister sehr richtig hervorhob, nicht der Befruchtung durch eine Zentrale sein Dasein, sondern der Mannigfaltigkeit des Lebens in den einzelnen deutschen Ländern. Die Reichsregierung wird daher die Eigenart des deutschen Eigenlebens nicht antasten.

Das sind Sätze, die man gerne hört, und die wir mit Genugtuung verzeichnen, da sie ganz und gar den leitenden Ideen entsprechen, für die wir bisher in jahrzehntelanger Arbeit an dieser Stelle eingetreten sind. Und wie können uns nicht denken, daß jemand, der den sittlichen Gedankengehalt des Föderalismus in so überzeugender Weise zu charakterisieren vermag, später in seinen Taten andere Wege einschlägt.

Was die Reichs- und Verwaltungsreform betrifft, so wird sie von dem neuen Reichsinnenminister als dringend bezeichnet, zumal sie mit den notwendigen finanziellen Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Verwaltung zusammenhängt. Aber es liegen heute Aufgaben vor, die noch wichtiger sind, da ihre Lösung vom Augenblick selbst gebieterisch gefordert wird.

Die Weimarer Verfassung ist nach der Auffassung des Reichsinnenministers reformbedürftig. Eine solche Reform habe aber nichts mit dem Gedanken einer Wiederaufrichtung der Monarchie zu tun. „Das Gerede von einer geplanten Änderung der Verfassung im Sinne einer Wiederaufrichtung der Monarchie ist ein törichtes und darum schädliches Geschwätz“. Herr von Gayl hat sich für seine Person als Anhänger der monarchischen Staatsform bekannt. Aber er hat hinzugefügt, er denke als Verfassungsminister nicht daran, unser Volk durch Aufrollung des Problems der Staatsform in neue Verwirrung zu bringen, und er verbitte sich jeden Zweifel an seiner in die Hand des Reichspräsidenten gelobten Verfassungstreue. Und so, wie er, dächte auch der Reichskanzler und die übrigen Mitglieder des Kabinetts. Heute, in diesen Zeiten des Kampfes um Sein oder Nichtsein, handle es sich gar nicht um die Frage der Staatsform, sondern darum, den Staat der Deutschen überhaupt zu retten.

Der Vorwurf reaktionärer Einstellung des Kabinetts hat der Innenminister mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Das Kabinett wisse, daß man Vergangenes nicht wieder herstellen könne. Es erstrebe einen organischen Fortschritt und keinen Rückschritt. Die Sorge des Kabinetts gehöre einem jeden Volksgenossen, aber mit besonderer Liebe werde es sich einsetzen für das richtig verstandene Wohl der breiten, arbeitnehmenden Massen. In diesem Satz liegt zweifellos ein besonderer Nachdruck auf der Wendung von dem „richtigverstandenen Wohl“ der Massen. Aus den weiteren Darlegungen des Reichsinnenministers geht klar hervor, daß er ohne weiteres damit rechnet, daß manche Maßnahmen des Kabinetts in dieser Hinsicht als wenig vollständig eine Zeitlang mißverstanden werden können.

Den politischen Strömungen gegenüber proklamiert der Reichsinnenminister gleichmäßige Gerechtigkeit, falls die Betätigung im Rahmen der Gesetze bleibt. Auch für die Reichstagswahl am 31. Juli soll die völlige Freiheit der Wahl garantiert werden, in der Voraussetzung allerdings, daß alle Kreise unseres Volkes im Wahlkampf auf dem Boden der Gesetze bleiben. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, dann werde der Innenminister die öffentliche Ruhe und Ordnung mit allen Nachtmitteln des Staates schützen.

Herr von Gayl hat dann zum Schluß seiner Rede die besondere Bedeutung der Siedlungsfrage betont und sich

ferner ausdrücklich zum Berufsbeamtentum bekannt, das zu erhalten und zu pflegen die Pflicht des Kabinetts sei.

Die Betonung und Pflege deutschen Geistes halte das Reichskabinet für eine seiner wichtigsten Aufgaben. Alle undeutschen, fremden Einflüsse sollen ausgeremert werden, so u. a. auch auf dem Gebiet des Rundfunk- und Lichtspielwesens. Der Wille zu einem eigenen deutschen Leben wachse ständig in unserem Volke. Und es sei deshalb die Pflicht der Reichsregierung und speziell des Innenministers, diesem Willen gerecht zu werden und die machtvolle, nationale Bewegung der Gegenwart als eine Staat und Volk erhaltende Kraft zu werten und zu benötigen.

Das neue Kabinet stehe vor den schwersten Aufgaben. Sie müßten gelöst werden, wenn unser Volk nicht untergehen soll. Die Rede schloß mit den Worten: „Weil wir, durchdrungen von dem Gefühl der Verantwortung, vor unserem Gott und unserem Volk, den Glauben an unser Volk in uns fühlen, haben wir uns in schwerster Stunde bereit erklärt, das Steuer in die Hand zu nehmen und unter Einsatz unserer besten Kraft zu führen. Die Geschichte wird lehren, ob wir recht getan haben oder nicht.“

Erdwähnenswert ist die Tatsache, daß nach der Rede des Reichsinnenministers der Vertreter Preußens ausdrücklich betont hat, es müsse bei der ganzen politischen Einstellung des neuen Reichsinnenministers ohne weiteres vorausgesetzt werden, daß die föderalistische Grundlage des Reiches bei ihm in treuer Hut sei; es seien auch sonst alle Voraussetzungen für ein harmonisches Zusammenwirken mit ihm zum Wohle des Reiches und der Länder gegeben.

Die Entwicklung in Preußen

Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und dem preußischen, geschäftsführenden Kabinet wegen der Zahlung der vollen 100 Millionen Reichsmark zu keinem Resultat geführt hatten, ist die preußische Regierung dazu übergegangen, durch eine neue Notverordnung das Defizit zu decken. Die neue Notverordnung kürzt die Gehälter der ledigen und kinderlosen Beamten und Angestellten um 5 Prozent und die der übrigen Beamten um 2½ Prozent. Diese gekürzten Beträge sollen vom 1. Juli 1931 an in monatlichen Raten zinslos zurückbezahlt werden. Ferner wird die Schlachtsteuer eingeführt, von der man sich einen Eingang von rund 90 Millionen verspricht. Verfassungsrechtlich wird die Gültigkeit dieser Notverordnung mit dem Hinweis auf die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte begründet.

Gelöst ist mit diesem Schritt der preußischen Regierung das preußische Problem leider noch nicht, da damit zu rechnen ist, daß eine Mehrheit im Landtag die Aufhebung der Notverordnung fordern wird. Im übrigen soll die verfassungsrechtliche Begründung angefochten werden. Die preußischen Beamten weisen vor allem darauf hin, daß sie nunmehr zwiefach Kürzungen zu tragen haben würden, da ja auch eine die Beamten mitumfassende Beschäftigtensteuer durch das Reich bevorstehe.

Unter normalen Verhältnissen wird man die Forderung, daß alle Beamten im Deutschen Reich das gleiche Gehalt zu beziehen haben, und daß es Unterschiede in der Befoldung zwischen dem Reich und einzelnen Ländern oder zwischen diesem oder jenem Land gar nicht geben darf, prinzipiell als nichtberechtigt bezeichnen müssen. Ein Land mit sehr glücklichen Finanzen wird sich in seinem Befoldungsetat mehr leisten können, als ein anderes Land, dessen Finanzen nur mit Mühe im Gleichgewicht gehalten werden. Auch vor dem Kriege bestand in Deutschland keineswegs eine völlige Gleichmäßigkeit

der Gehaltsgruppen. Heute aber liegen die Dinge so, daß es schließlich allen, dem Reich und den Ländern, finanziell schlecht geht, daß auch die Lasten von allen Beamten gleichmäßig getragen werden müssen. Und so kann man es schon gefühlsmäßig verstehen, daß die preußischen Beamten die ihnen aufgebürdete Ertragsbelastung sehr bitter empfinden.

Die Lösung der Frage der preußischen Regierungsbildung ist in den letzten Tagen nicht weiter vorwärts gekommen. Doch ist es sicher schon ein Fortschritt, daß die für eine Koalition in Betracht kommenden Parteien wenigstens zu Verhandlungen gebracht werden konnten. Allerdings sind die Aussichten dieser Verhandlungen einstweilen nicht groß.

Was die Gerüchte bezüglich der Ernennung eines Reichskommissars betrifft, so ist es nach einer halbamtlichen Mitteilung aus Berlin „völlig falsch, daß die Reichsregierung oder der Kanzler auf die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen hinsteuert. Die Reichsregierung legt Wert auf eine verfassungsmäßige Regierung in Preußen. Sie ist bestrebt, an der Bildung einer solchen verfassungsmäßigen Regierung mitzuarbeiten.“

Badischer Landtag

In der Sitzung des Badischen Landtags vom Donnerstag hat Finanzminister Dr. Mattes eine Darstellung der badischen Finanzen gegeben, bei deren Vektüre die schon neulich an dieser Stelle besprochene, große Finanzrede und ihre Einzelheiten als bekannt vorauszusetzen sind. Das Budgetjahr 1931 schließt mit einem Fehlbetrag von 2,7 Millionen ab. Davon sind allerdings 2,3 Millionen Rückstände der Gemeinden an den Staat, so daß das Staatsdefizit eigentlich nur rund 400 000 Reichsmark beträgt. Wenn der Finanzminister gemeint hat, das sei ein Ergebnis, das sich unter den heutigen Verhältnissen sehr wohl sehen lassen könne, dann wird man ihm hierin nur zustimmen können. Die Rassenlage Badens ist nach wie vor angepannt, und zwar deshalb, weil die Regierung dauernd die kurzfristigen Schulden des Staates verringert. Im ganzen hat sich so die Höhe der kurzfristigen Schulden des Landes im Rechnungsjahr 1931 um 7½ Millionen vermindert.

Im übrigen bleiben ja die badischen Finanzen, wie die eines jeden Landes, immer abhängig von den Reichsüberweisungen. Wie hoch diese bei Aufstellung eines Etats zu beziffern sind, das ist eine Frage, die jeweils nur mit der größten Vorsicht beantwortet werden kann. Jedenfalls ist heute wohl schon soviel klar, daß die Reichschätzungen vom Monat März nicht als gültig bestehen bleiben werden. Sonach werden im Laufe dieses Jahres so gut wie sicher neue Maßnahmen zur Deckung eines zu erwartenden Fehlbetrags getroffen werden müssen. Wie diese Maßnahmen aussehen werden, kann man heute noch nicht sagen, zumal man die Pläne des Reiches noch nicht kennt. — Der Etat des Finanzministeriums ist am Freitag nach eingehender Debatte vom Landtag angenommen worden.

Trinken Sie für Ihre Nieren mal
Überkinger
Adelheidquelle
Die Wirkung wird Sie überraschen. Sie bekommen sie überall. Den interessanten Prospekt mit präparierten ärztlichen Gutachten schicken Ihnen kostenlos die **Mineralbrunnen A.-G.** Bad Überkingen.
Gen.-Vertr.: Bahm & Bassler, Mineralbr.-Vertrieb, Karlsruhe, Zirkel 30, Telefon 255.

Badisches Landestheater Schneider Wibbel

Komödie in fünf Bildern von Hans Müller-Schlösser. In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Die Komödie des Schneidermeisters Wibbel, der wegen Verleumdung des Emperers zu Gefängnis verurteilt, die Strafe durch einen Gefellen absitzen läßt und, als dieser plötzlich in der Haft stirbt, nun seinem eigenen Leichenzug zusehen muß, um zum Schluß als sein eigener Bruder seine eigene Witwe zu heiraten, ist von solchem Witz und solcher Situationskomik, daß sie trotz ihres Alters von zwei Jahrzehnten noch nichts von ihrer Wirkungskraft eingebüßt hat. Ja, wenn der temperamentvolle, trunkschwache und wortgewaltige Schneider in der rheinischen Besatzungszeit gegen die Franzosen loswettert, dann werden hier plötzlich nationale Töne laut, die man früher in der Vorkriegszeit in dieser Deutlichkeit ganz überhört hatte und die der gut gemessenen Komödie eine erfrischende Aktualität verleihen.

Felix Baumbach hat das laichrohe Werk mit sichtlich Liebe inszeniert und dabei seinen ganzen Reichtum an Begabung für bühnische Wirkung entfaltet. Dadurch entwickelte sich ein überaus vielfältiges Leben auf der Bühne in wirkungsvollen Gegensätzen von Einzelfiguren und Gruppen, von Bewegung und Bildern, die das zahlreich erschienene Publikum zu heiterster Fröhlichkeit und lautem Lachen zwangen. Eine unerschütterbare und doch ganz große Regieleistung. Das einzige Manko der Aufführung war die mangelhafte Beherrschung des rheinisch-lönnischen Idioms, wodurch etwas von der notwendigen Atmosphäre fehlte. Mit wenigen Ausnahmen: Stefan Dahlen, Hermann Lindemann, Kelly Rabemacher und Baumbach selbst, wirkten alle Sprecher, von der Dialektseite her gesehen, gefühlt. Aber dagegen war die Darstellung von einer so rasanten Frische und bei aller fröhlichen Ausgelassenheit und wachen Charakterisierung so fern aller Übertreibung, daß der Aufführung, dem Spielleiter wie den Darstellern, höchstes Lob gebührt.

Paul Müller hatte als Schneidermeister Wibbel in übermütiger Geduldheit, im Wirtshaus wie in dem kalten Stübchen, worin er sich versteckt hält, als ehrlicher alter-

grauer Ehemann wie als verjüngter Liebhaber Gelegenheit, mit bestem Erfolge seine reichen komischen Talente zu beweisen. Ihm stand Kelly Rabemacher als seine kluge, allen Lagen gewandene Frau hin zur Seite und mußte mit befommener Zurückhaltung die Rolle in ihrer realistischen Lebendigkeit unübertrefflich zur Geltung zu bringen.

Eine besondere Leistung boten die beiden Gesellen: Stefan Dahlen, der als lungenschwacher Zimpel in Mäcke, Haltung, Gestik und Stimmung eine so konsequent durchgeführte Figur auf den Schneiderisch setzte, daß darin ein Kabinettsstück von ganz außergewöhnlichem Kunstwert zu erblicken war; Hermann Brand, der als Sachse Mofes zwar seine Karlsruheher Herkunft nicht verleugnete, aber in der scharfen Charakterisierung bei aller Unausdrücklichkeit ein köstliches Gegenstück zu Zimpel abgab. Wie die beiden Gesellen zu Beginn des zweiten Szenenbildes auf dem Tische nährend sitzen und wiederum durch den Meister zum Trio vermehrt am Schluß des Bildes, gehört zum Besten szenischer Bildwirkung.

Die zahlreichen anderen Darsteller müssen sich mit einem Gesamtlob begnügen, das darum nicht weniger verdient ist. Jeder hat an seiner Stelle zu dem starken Erfolg der Aufführung beigetragen, der man noch zahlreiche Wiederholungen wünschen darf.

Prof. Dr. Karl HOLL

Junge Künstler im Karlsruher Konzerthaus

Abend der Theaterakademie

Zum erstenmal stellt die badische Landesbühne seit fünf Jahren angegliederte Theaterakademie, die ministerieller Aufsicht untersteht, und von Staatschauspieler Ulrich von der Trenck geleitet wird, einige ihrer Zöglinge öffentlich heraus. Bisher hatte sie mehr im Stillen gewirkt und nur dann auf sich aufmerksam gemacht, wenn aus dem von ihr betrauten Nachwuchs die eine oder andere Kraft Gelegenheit fand, gleich im „richtigen“ Ensemble mitzuspielen. Das waren aber Ausnahmen, daher kam diesem Szenenabend doch eine bestimmte Eigenbedeutung zu, insofern er erstmals einen Einblick in die Gesamtarbeit dieser Akademie bot, die übrigens an den meisten größeren Theatern Deutschlands schon ihresgleichen hat.

Der Aufmarsch zur Reichstagswahl

Prälat Dr. Schreiber
über die Stellung des Zentrums

In einer Massensammlung in Hamm (Westfalen), mit der die westfälische Zentrumspartei den Wahlkampf eröffnete, sprach Prälat Dr. Schreiber über die Stellung des Zentrums zum Wahlkampf, in den die Partei „stark und entschlossen, in voller Unabhängigkeit und freier Selbstbestimmung, in scharfer Differenzierung vom Sozialismus rechts und links“ geht. Er polemisierte sodann gegen politische Berater des Reichspräsidenten, denen er die Schuld am Rücktritt der Regierung Brüning zumah und erklärte von ihnen, sie hätten unheilvolle Risse in das Geistesleben des deutschen Volkes getragen. Dann erhob er die Frage, ob es politisch klug gewesen sei, so viele Angehörige des Adels in das Reichskabinet aufzunehmen und meinte, daß seiner Überzeugung nach eine Sammlung der nationalen Kräfte im Kabinet Bayern nicht erfolgt sei. Schließlich gab er der Ansicht Ausdruck, es wäre richtiger gewesen, wenn die Hitlerbewegung jetzt auch die Verantwortung mit übernommen hätte.

Sammlung der Mitte

In Berliner politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit Betrachtungen, die den Zweck haben, für die kommenden Reichstagswahlen eine Neugruppierung der mittleren Rechten und der Mitte herbeizuführen. Sie gehen auf das Bedürfnis zurück, dem großen Heer der politisch Heimatslosen, das durch den Zerfall der kleineren Parteien entstanden ist, neue Möglichkeiten zu schaffen.

Die „Nationalist. Kor.“ weist darauf hin, daß heute die praktische Entscheidung bei den Reichstagswahlen in dem politischen Raum zwischen Zentrum und Nationalsozialisten fallen könne. Es sind u. a. Betrachtungen im Gange, eine neue Partei der rechten Mitte auf der Basis nationaler und bürgerlicher Weltanschauung zu schaffen.

Wie das „DZ.“ sodann berichtet, haben die Führer des Zentrums und der Staatspartei für den Fall, daß keine Einigung der Mittelparteien außerhalb des Zentrums zustande kommt, die Vorbereitungen für ein lederes Zusammengehen im Wahlkampf getroffen, das insbesondere in der Aufnahme von staatsparteilichen Politikern in die Reichsliste des Zentrums bestehen soll.

Steuerkonzentration

Die Beratungen des Reichskabinetts

Über die Steuerpläne der Reichsregierung wird berichtet, daß man jetzt beabsichtigt, eine Steuerkonzentration herbeizuführen, bestehen doch für die Verlegung der Arbeitslosen heute in Deutschland fünf verschiedene Steuern, d. h. fünf Kräftesteuern.

Neben der von der alten Regierung geplanten Beschäftigungssteuer ist hier zu nennen: 1. die Kräftesteuer der Veranlagten, die mit einem wesentlich niedrigeren Satz als die Kräftesteuer erhoben wird, staffelt sie sich doch von 0,75 Proz. bis 4 Proz., 2. die Kräftesteuer, die ebenfalls in der Notverordnung vom 6. Juni 1931 eingeführt wurde und die sich von 1 bis 5 Proz. staffelt; 3. der Zuschlag zur Steuer für Einkommen über 8000 RM., und 4. die Bürgersteuer, die dazu dienen soll, den Gemeinden das Tragen der Wohlfahrtslasten zu ermöglichen. Als 5. Kräftesteuer wäre dann noch die Beschäftigtensteuer hinzugekommen.

Die Regierung will aber die Zahl der Kräftesteuern nicht noch weiter vermehren, und plant im Gegenteil eine Zusammenfassung. Man will nämlich die Kräftesteuer für veranlagte Einkommen, die Kräftesteuer und die geplante Beschäftigtensteuer zu einem einheitlichen Gebilde zusammenfassen, dessen Säbe gestaffelt werden. Die neue Steuer wäre praktisch also eine Abgabe der Festbepflichten, wobei sich ergeben würde, daß die Beamten, die bisher von der Kräftesteuer befreit waren, nun auch mit herangezogen werden. Dagegen hat man den Gedanken einer Zwangsanleihe wohl auf später vertagt.

Notverordnung und Laufanne. Es ist damit zu rechnen, daß das Kabinet die neue Notverordnung am Montag endgültig fertigstellt, so daß die Bekanntgabe im Laufe des Dienstag erfolgen kann. — Am Dienstagabend reist die deutsche Delegation, an ihrer Spitze der Reichskanzler, nach Lausanne ab.

Preussischer Landtag am 15. Juni. Der Aelterenrat des Preussischen Landtags hat am Freitag beschlossen, daß die nächste Landtagsitzung am 15. Juni stattfinden soll. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Anträge auf Aufhebung der neuen preussischen Notverordnung. Vermutlich wird die Wahl des Ministerpräsidenten nunmehr am 22. Juni auf die Tagesordnung kommen.

Nun sollte ja eigentlich die rasch wachsende Not fast aller Theater junge Menschen eher abspornen als zu einem Beruf begeistern, in dem von jeher nur die Tüchtigsten sich durchsetzen. Es ist heute vielleicht sogar die Hauptaufgabe solcher Akademien, den unverändert starken Zugang rechtzeitig zu bremsen und ausschließlich Talente zu fördern, deren spätere Bühnenbrauchbarkeit einigermaßen garantiert scheint. Je strenger also die Auswahl unter denen, die den Sprung auf die Bretter wagen wollen, desto besser; das muß leider nicht bloß der pädagogische Grundgedanke dieser Lehranstalten selbst sein, das verpflichtet auch die Kritik, falls sie nun schon einmal beigezogen wird, gerade im Interesse der Beiprobenen zu einem möglichst objektiven Urteil.

Wenn man zudem, wie es gestern geschah, z. B. nur einen Akt „Dänkel und Gretel“ zu hören bekommt, wäre es ohnedies gefährlich, boreilig den Entdecker spielen zu wollen. Immerhin beweisen voran aber Irma Dofner (Dänkel) und Curt Schindler (Gretel) soviel geistliche und darstellerische Begabung, daß einige begründete Aussicht besteht, sie werde auch in einem zermürbenden Tagesbetrieb nicht so leicht verschüttet werden. Weniger interessant, doch gleichwohl amüsant verlief nach der von Hans Ebbecke umfänglich, wennschon ein bißchen laut begleiteten Opernmusik der „allbekannte Schwanz „Als ich noch im Flügelkleid“. Ein Versuch in modernen Stücken wäre jedenfalls lehrreicher gewesen als die Aufführung eines kaum noch für Trichterperfonate oder Teaträngen angängigen Schwantes. Gewiß, auch daran konnte man manches zeigen, so etwa einen überraschend lüdenlosen Zusammenschluß zu guter Ensemblewirkung. Auch darin fehlten sich natürlich so verzierte Schauspielerinnen, wie wir Mona Ceiling (Elisabeth Haase) und Vera Krayer (Auguste) längst von der großen Bühne her kennen, wieder glänzend durch, und sie fanden obenrein in Otti Böder (Vorsteherin) oder in dem ebenfalls schon arriertierten Fritz Luther (Dr. Frank) treffliche Unterstützung. Bei den übrigen aber muß man erst zuwarten, denn sie brauchen alle noch viel Arbeit, selbst wo sie jegliche Unsicherheit und Hilflosigkeit bereits überwunden haben. Denn das ist — auch beim Anfänger — zuzubereit Sache der Routine und deutet höchstens noch bei Curt Schindler (Coulendriener) auf fortgeschrittenere Reife.

Trotzdem: Der Anfang war nicht schlecht, und wir wollen gerne weitersehen, was an positiven Leistungen bei den nächsten angefündigten Abenden nun folgen wird.

S. Sch.

Kurze Nachrichten

Reichsaussenminister Frhr. v. Neurath ist Freitag nachmittag aus London nach Berlin zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

Botschafter v. Dösch hatte am Freitag in Paris mit Herriot eine Unterredung, die der Vorbereitung der Lausanner Konferenz galt.

Reichszentralrat von Papen Ehrenbürger der Gemeinde Merfeld (Westfalen). Die Gemeinde Merfeld (Amt Dülmen) hat dem Reichszentralrat von Papen das Ehrenbürgerrecht verliehen; von Papen war Bürgermeister und später Ehrenbürgermeister von Merfeld.

Landtagsauflösung in Braunschweig abgelehnt. In der Abstimmung über einen nationalsozialistischen Dringlichkeitsantrag auf Auflösung des braunschweigischen Landtages wurden 15 dafür und 15 Stimmen dagegen abgegeben. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Kleine Chronik

In Mainz wurde eine mehrköpfige Fallschirmjägerbande verhaftet, die falsche Fünf-, Zwei- und Einmarkstücke in großen Mengen herstellte und in den Verkehr brachte. Insgesamt wurden 16 Personen festgenommen. Außerdem glückte der Polizei im Zusammenhang damit die Festnahme dreier Raubgiffthändler.

In Dortmund wurden in der Nacht zum Freitag in der Rheinischen Straße zwei Männer, die auf dem Bürgersteig gingen, von einem Personkraftwagen schwer verletzt. Einer ist verstorben. Nach Zeugenaussagen ist der Wagen mit einer Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometer durch die Großstadt gefahren.

In der Berliner Staatsbibliothek sind Diebstähle eines akademischen Mitarbeiters, des Sohnes eines verstorbenen deutschen Gelehrten, aufgedeckt worden. Es handelt sich um zum Teil außerordentlich wertvolle Werke, größtenteils Dubletten aus den Beständen der Staatsbibliothek, die von dem ungetreuen Angestellten bei verschiedenen Antiquaren verkauft worden sind.

Die Hausangestellte der Familie Lindbergh in Englewood, Violet Sharp, hat sich kurz vor einer erneuten Vernehmung durch die Polizei vergiftet. Dies scheint die Vermutung der Untersuchungsbehörden zu bestätigen, daß sie von den Plänen einer Entführung des kleinen Lindberghs Kenntnis hatte. Sie hatte sich feinerzeit geweigert, die Personalien des Mannes mitzuteilen, mit dem sie in der Nacht ausgegangen war, in der das Kind geraubt wurde. Wie verlautet, ist Violet Sharp englische Staatsangehörige. Ihre Schwester verließ Amerika vier Tage vorher, nachdem das Versteck von 50 000 Dollar den mit dem Kindesraub in Verbindung stehenden Personen ausgezahlt wurde, um sich nach England zu begeben.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Vor der Vertagung

Der Badische Landtag steht vor seinen Sommerferien. Die Frage, ob Vertagung oder Schließung, wird am Mittwoch vor der Plenarsitzung im Vertrauensmännerauschuß entschieden. Am nächsten Dienstag treten zur Restaurierung verschiedene Ausschüsse zusammen, so der Haushaltsauschuß, der Ausschuß für Gesetze und Beschwerden und der Geschäftsbearbeitungsausschuß.

Am Mittwoch, vormittag 9 Uhr, tritt das Plenum zusammen, dem folgende Tagesordnung zur Erledigung vorliegt: ein nationalsozialistischer Antrag zur Postage der Künstler und ein entsprechendes Gesetz des Reichsverbandes bildender Künstler, Gau Süddeutschland, ein Petitionsantrag zur Grottoenbewegung und ein Gesetz des Oberbürgermeisters von Mannheim, betr. Theateraufführungen am Karfreitag, ein Antrag der Nationalsozialisten sowie ein deutschnationaler Antrag wegen Luftschutz. Ferner kommen mehrere Gesetze zur Erledigung über Zuständigkeit der Gemeindegerichte, Landwirtschaftskammerbeiträge für Baupläze, über Denkmalspflege.

Als letzter Punkt steht die Verabschiedung des Finanzgesetzes auf der Tagesordnung.

Prälat a. D. Schmittbener †

Ganz unerwartet kommt aus Königsfeld bei Billingen die Nachricht, daß Prälat a. D. Schmittbener heute nacht an einem Herzschlag gestorben ist. Vor zwei Jahren erlitt er einen Schlaganfall und mußte sich wiederholt aus Gesundheitsrücksichten Kurort unterziehen. Erst vor einigen Tagen war er aus diesem Grunde in Königsfeld eingetroffen, wo ihn dann so plötzlich der Tod ereilte. Prälat a. D. Schmittbener stand im 78. Lebensjahr und war aktiver Prälat der Evangelischen Landeskirche Baden.

Zu Neudorfshausen als Sohn des dortigen Pfarrers geboren, wurde er nach Beendigung seiner theologischen Studien im Frühjahr 1883 in den Dienst der Evangelischen Landeskirche aufgenommen. Er war anfänglich Stadtpfarrer in Baden-Baden und in Mannheim, dann einige Jahre Divisionspfarrer und 1892 wurde dem Verstorbenen die erste Pfarrstelle an der Christuskirche zu Freiburg übertragen. Nach 17-jährigem Wirken in der Dreiskönigsstadt erfolgte im Jahre 1909 seine Berufung in den Evangelischen Oberkirchenrat und seine Ernennung zum Prälaten. In diese Zeit fällt seine enge Verbindung mit dem Großherzoglichen Hause, vor allem schätzte die Großherzogin Luise den Entschlafenen sehr.

Am 1. Januar 1924 trat Prälat D. Schmittbener in den Ruhestand, wobei er sich aber nicht von den ihm lieb gewordenen Aufgaben in verschiedenen Ehrenämtern trennte. So arbeitete er weiter als Vorsitzender im Vorstand des Landesvereins für Annere Mission, der Badischen Landesbibelgesellschaft und des Karlsruher Diakonienhauses. Die Organisation der Kindergottesdienste und der Sonntagsschule war ihm besonders ans Herz gewachsen. Von der Heidelberger Theologischen Fakultät war ihm 1915 die Würde eines Ehrendoktors verliehen worden. Kirchenpolitisch nahm D. Schmittbener, ohne sich zu binden, eine gemäßigt positive Haltung ein. Der Entschlafene war ein streng gottesgläubiger Mann, von einer tiefen Religiosität befeelt; durch seine Güte und seine Freundlichkeit im Umgang mit den Menschen sich großer Sympathien erfreuend.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Der hohe Druck beherrscht noch immer die Wetterlage. Er ist inzwischen über Polen angelangt, so daß wir in den Bereich eines flacheren im Südwesten folgenden Hochdruckrückens gelangen werden. Für morgen ist deshalb mit örtlichen Gewitterbildungen zu rechnen. Voraussage: Meist heiter und trocken, sehr warm, gegen Abend örtliche Wärmegewitter.

Wassersstände: Waldshut 319 minus 9, Basel 124 minus 9, Schaffersinsel 188 minus 10, Rehl 331 minus 10, Maxau 510 minus 9, Mannheim 406 minus 8, Caub über 200 Zentimeter.

Aus der Landeshauptstadt

Gefährdung des „Rheingold“

und Bahn-Elektrifizierung

In der Jahreshauptversammlung des Karlsruher Verkehrsvereins sagte Verkehrsdirektor Lohrer bei Erörterung von Verkehrsproblemen: Baden müsse konkurrenzfähig bleiben gegenüber Frankreich, das mehr und mehr bemüht sei, den internationalen Nord-Süd-Durchgangsverkehr von der rechten auf die linke Rheinseite zu lenken. Zu diesem Zwecke seien die Franzosen dabei, einen neuen, äußerst billigen durchgehenden Fernschnellzug von Amsterdam über Lüttich, Luxemburg, Straßburg nach Basel zu führen. Damit wäre der deutsche Rheingold-Express erledigt, der schon unter seiner derzeitigen Konkurrenz, dem französischen Edelweiß-Express, zu leiden hat. Außerdem will Frankreich in Bälde mit der Elektrifizierung seiner Rheintalbahn beginnen. Dieser Umstand müßte für die Deutsche Reichsbahn der letzte Mahnruf sein, unüberzüglich die Elektrifizierung der badischen Bahnen in Angriff zu nehmen, insbesondere die bis Stuttgart und München her durchgeführte Elektrifizierung der Bahn unüberzüglich weiter bis Karlsruhe und Rehl zu führen. Soll der Eisenbahnverkehr, sowohl der innerdeutsche wie auch der internationale, in Baden nicht ganz lahmgelagert werden, könne man nicht länger warten mit der praktischen Durchführung der Elektrifizierung.

„Karlsruher Herbsttage“. Die „Herbsttage“ werden dieses Jahr unter dem Motto „Für die Einheit und Festigung des Deutschen in der Südwestdeutschen Reichsbahn, Baden-Karlsruher Saal“ stehen. Geplant sind ein Sängereabend des badisch-pfälzisch-saarländischen Sängereges, eine Kundgebung für das deutsche Lied, ein Dichterabend, ferner Amzug, Feuerwerk im Stadtgarten usw.

25 Jahre Gartenstadt Karlsruhe. Die weit über die Grenzen Badens hinaus bekannte Gartenstadt Karlsruhe, die heute 672 Wohnungen mit 2655 Bewohnern umfaßt, kann auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Die Genossenschaft veranstaltete aus diesem Anlaß im fast voll besetzten städtischen Konzerthaus eine Jubiläumsfeier. Der Vorsitzende des Vorstandes, Bawinkel, gedachte in ehrenden Worten der Gründer der Gartenstadt, Dr. Friedrich Ettliger, und des verstorbenen Dr. Kampffmeyer. Prof. Uruß legte seiner ausgezeichneten Festrede Goethes letzten Ausspruch „Mehr Licht“ zugrunde. Die Sehnsucht des Deutschen nach Heimat, Luft und Licht sei der leitende Gedanke bei der Gründung der Gartenstadt gewesen. Die Begründer hätten eine echte Kulturstadt vollbracht. Für Dr. Kampffmeyer wird am kommenden Sonntag am Otendorfsplatz in der Gartenstadt eine Gedenktafel enthüllt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Strafanträge im Arztprozess

Old. Offenburg, 10. Juni. Im Prozeß gegen die Kehler Ärzte stellte heute der Staatsanwalt folgende Strafanträge: Gegen Dr. Weck wegen schwerer Körperverletzung in 22 Fällen (vollendete Abtreibung in 9 Fällen und Abtreibungsversuch in 8 Fällen) 2 Jahre und 6 Monate Zuchthaus; gegen Frau Dr. Bauer-Haus wegen Beihilfe zu schwerer Körperverletzung in 11 Fällen (vollendete Abtreibung in 7 Fällen und Abtreibungsversuch in 4 Fällen) 1 Jahr Gefängnis; gegen Dr. Weber wegen schwerer Körperverletzung in 4 Fällen (Abtreibung in 2 Fällen) eine Gefängnisstrafe von nicht unter 8 Monaten.

Der Verhandlung kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil hier erstmals seit Bestehen des Strafgesetzbuchs ein Fall behandelt wird, in dem ein Arzt wegen Unfruchtbarmachung sich zu verantworten hat. Das Gericht hat über die Frage zu entscheiden, ob eine Unfruchtbarmachung, die sich als eine schwere Körperverletzung nach §§ 224 und 225 des StGB darstellt, auch dann strafbar ist, wenn sie medizinisch oder sozial indiziert ist und im Einverständnis mit dem Patienten erfolgt.



Old. Mannheim, 10. Juni Die Probefelastung der fertiggestellten neuen zweigleisigen Eisenbahnbrücke über den Rhein erfolgte in der Zeit von Montag, den 6. bis Donnerstag, den 9. Juni. Zur Belastung wurden vier deutsche Einheits-Güterzuglokomotiven verwendet mit zusammen 760 000 Kilogramm. Die auf elektrischem oder auch auf photographischem Wege erhaltenen Ergebnisse werden im einzelnen noch ausgewertet. Als Hauptergebnis läßt sich schon jetzt feststellen, daß die Brücke allen Anforderungen in bester Weise entsprochen hat. Der Zugverkehr über die Brücke wird am kommenden Dienstag aufgenommen.

Old. Heidelberg, 11. Juni. Nach einer amtlichen Mitteilung hat der Reichspostminister die Genehmigung des Bauentwurfs für das neue Fernsprechgebäude hier bestätigt, so daß schon in nächster Zeit mit den Bauarbeiten begonnen werden kann.

Old. Baden-Baden, 10. Juni. Im Alter von 59 Jahren ist nach längerer Krankheit Oberforstrat a. D. Friedrich Helbing gestorben. Seit 1909, und zwar 22 Jahre, bis zu seiner wegen Erkrankung erfolgten Zurücksetzung war der Verstorbene, der als Sohn des Pfarrers Helbing in Langensteinbach geboren wurde, hier tätig. Politisch gehörte er der Deutschen Volkspartei an.

Old. Rehl, 10. Juni. Wie die „Kehler Zeitung“ meldet, hat die Zollfahndungsstelle Frankfurt a. M. vor einigen Tagen in Rehl den bei einer großen Bankfirma in Straßburg tätigen Bankinspektor Charles Weisk verhaftet. Weisk, der den Verkehr der Straßburger Hauptniederlassung mit der Frankfurter Filiale zur vermitteln pflegt, steht im Verdacht, sich gegen die deutsche Devisenordnung vergangen zu haben. Er behauptet, nur Aufträge des Straßburger Bankunternehmens ausgeführt zu haben. Diese Behauptungen werden von der Staatsanwaltschaft zur Zeit noch nachgeprüft. Inzwischen ist Weisk gegen eine Kaution von 20 000 RM. wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Bei den von der Zollfahndungsstelle behaupteten Verfehlungen soll es sich um eine Summe von annähernd 1 1/2 Millionen handeln.

Old. Yringen a. N., 10. Juni. Die diesjährige Kirchenernte wird allgemein als günstig beurteilt und wenn die Witterung in der nächsten Zeit nur einigermaßen gut ist, rechnet man sogar mit einem hochqualitativen Ertragsnis. In der bisherigen reichlichen Witterung haben sich die Kirichen gut entwickelt. Der nicht übermäßige Behang der meisten Bäume und das durchweg gesunde Laubwerk sind für die Größenbildung sehr vorteilhaft. Die frühen Sorten haben bereits einen vorgezeichneten Reifegrad erreicht, so daß mit dem Pflücken begonnen werden kann.

Old. Waldshut, 11. Juni. Zur Vinderung der Not in den Söbengemeinden des hiesigen Amtsbezirks hat das Reichsernährungsministerium 400 Zentner Roggenmehl dem Genossenschaftslager Waldshut zugewiesen. Diese 400 Zentner bedeuten allerdings nicht alle Bedürfnisse.

Old. Albrun (Amt Waldshut), 11. Juni. Zwischen der befristeten Firma Hoch- und Tiefbau Ruder und der Streifenleitung sind Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Gange, die in verhältnismäßigem Geiste geführt werden. Es ist zu erwarten, daß eine Vereinbarung in Bälde erreicht werden und der Streik beigelegt werden kann.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	11. Juni		10. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.63	170.97	170.68	171.02
Kopenhagen 100 Kr.	84.42	84.58	84.57	84.73
Italien . . . 100 L.	21.59	21.63	21.60	21.64
London . . . 1 Pf.	15.455	15.495	15.55	15.95
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.58	16.62	16.60	16.64
Schweiz . . . 100 Fr.	82.12	82.28	82.30	82.46
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Braun . . . 100 Str.	12.465	12.485	12.465	12.485

Grüner-Kahler AG, Durlach. Die im Vorjahr aus der Fusion der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Gebr. Kahler AG, Kaiserslautern und der Nähmaschinenfabrik Grüner AG, in Durlach entstandene Gesellschaft (Aktienkapital 6,3 Mill. Reichsmark), wird für 1931 einen stärkeren Verlustabschluss ausweisen. Die Höhe wird die Aufsichtsratsprüfung am 21. Juni festlegen.

Mittelbadische Eisenbahnen AG, Lahr i. B. Am Freitag, den 10. Juni, fand in Karlsruhe die ordentliche Generalversammlung der MEG. statt. Es waren vertreten 2 Aktionäre mit 4798 Stimmen. Der Geschäftsbericht sowie die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung fanden einstimmig Genehmigung, ferner wurde Vorstand und Aufsichtsrat entlassen. Bei der auf Grund der Notverordnung vom 19. September 1931 vorgenommenen Neuwahl des gesamten Aufsichtsrats wurden die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder in ihrer Gesamtheit wiedergewählt. Nach dem Geschäftsbericht über das 40. Geschäftsjahr (Kalenderjahr 1931), betragen die Gesamteinnahmen 898 581 RM (i. V. 829 407), die Gesamtausgaben 1 110 586 RM (i. V. 1 109 607); somit ergibt sich ein Fehlbetrag von 212 004 Reichsmark (i. V. 280 0199). Im Bahnbetrieb ist, so heißt es im Geschäftsbericht, im Vergleich zum Vorjahr eine wesentliche Einnahmesteigerung zu verzeichnen, welche sich im Güterverkehr infolge der durch die Abenteurerregulierung und Ringabteilung bei Rehl angefallenen, außerordentlichen Gütertransporte erzielen ließ. Dagegen sind die Einnahmen aus dem Personenverkehr im abgelaufenen Geschäftsjahr infolge der katastrophalen Wirtschaftslage weiter zurückgegangen, so daß die im Güterverkehr eingetretene Einnahmeerhöhung nicht voll und ganz in Erscheinung tritt. Im Kraftwagenbetrieb zeigt sich ein kleiner Einnahmefall, verursacht durch den infolge Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise auch hier sich bemerkbar gemachten Rückgang in der Personenbeförderung. Die Rücklage für Pensionsverpflichtungen beträgt am Ende des Betriebsjahres 114 798 RM.

Im Mitteldeutschen Braunkohlen-Bergbau wurden in der letzten Zeit verschiedene Gruben und Briftfabriken wieder in Betrieb genommen. Veranlaßt wurde diese Maßnahme im wesentlichen durch die um diese Zeit regelmäßig eintretende Saisonbelegung, da ein großer Teil der Kundschaft die günstigen Sommerpreise ausnutzt, und den Winterbedarf in der Einheitsmarke „Sonne“ schon jetzt deckt.

Die Goldreserve der Vereinigten Staaten. Das Bundesreferat teilt mit, daß die Goldreserve der Vereinigten Staaten sich am 8. Juni auf 2980 Millionen Dollars belief, d. h. auf 1034 Millionen mehr als gefehlt erforderlich.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Ärztlicher Ehrengerichtshof und die ärztlichen Ehrengerichte.

Gemäß § 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 491) werden nach Anhörung der Badischen Ärztekammer für die Dauer der vierjährigen Wahlperiode 1932 bis 1935 zu rechtskundigen Mitgliedern ernannt:

A. Beim Ehrengerichtshof:

- zu Mitgliedern: Ministerialrat Dr. Imhoff im Ministerium des Innern und Oberlandesgerichtsrat Wohlgenuth in Karlsruhe;
- zu Stellvertretern: Ministerialrat Dr. Keller im Ministerium des Innern und Oberlandesgerichtsrat Dr. Koelle.

B. Bei den ärztlichen Ehrengerichten in

- Mannheim:
 - als Mitglied: Regierungsrat Dr. Compter beim Bezirksamt Mannheim;
 - als Stellvertreter: Regierungsrat Neumayer beim Bezirksamt Mannheim;
- Karlsruhe:
 - als Mitglied: Regierungsrat Klump beim Bezirksamt Karlsruhe;
 - als Stellvertreter: Regierungsrat Goldschmidt beim Bezirksamt Karlsruhe;

3. Freiburg:
 a) als Mitglied: Polizeidirektor Baer beim Bezirksamt Freiburg.
 b) als Stellvertreter: Regierungsrat von Doehs beim Bezirksamt Freiburg;
 4. Konstanz:
 a) als Mitglied: Regierungsrat Steiger beim Bezirksamt Konstanz.
 b) als Stellvertreter: Regierungsrat Sigmar Schöhl beim Bezirksamt Konstanz.
 Karlsruhe, den 7. Juni 1932.
 Der Minister des Innern
 S. A. Weigel.

Personeller Teil
 Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten
 Aus dem Bereich des Justizministeriums.
 Planmäßig angestellt:
 Gerichtsvollzieher Oskar Rümmele beim Amtsgericht Karlsruhe.

Genannt:
 Die Amtsgerichtsräte Dr. Richard Schirmer in Kadowzell zum Landgericht in Offenburg, Dr. Hans Mohr in Gengenbach, zugleich zum Landgericht in Offenburg mit dem Dienstsitz in Offenburg, die Staatsanwälte Immo Jüster in Heidelberg und Dr. Rudolf Jäger in Mannheim zu Amtsgerichtsräten, ersterer in Nehl, letzterer in Laubersbichsheim, die Gerichtsassessoren Dr. Josef Schmitt aus Mannheim zum Staatsanwalt beim Landgericht Mannheim, Dr. Heinrich Guden aus Mannheim zum Staatsanwalt beim Landgericht Offenburg, Rudolf Bembisch aus Marienthal zum Staatsanwalt beim Landgericht Heidelberg.
Serbet:
 Die Amtsgerichtsräte Nikolaus Böhner in Laubersbichsheim nach Kadowzell, Dr. Hans Stallmann in Nehl nach Mannheim.
 Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Justizsekretär Max Hansenberg beim Notariat Vahr.
 Übertritt in den Ruhestand kraft Gesetzes auf 1. September 1932:
 Oberjustizrat Heinrich Schmidt beim Notariat Pforzheim, Justizoberinspektor Oskar Hess beim Landgericht Mannheim, Bezirksmeister Heinrich Schimpeler bei den Strafanstalten in Bruchsal.

Gestorben:
 Justizoberinspektor Friedrich Albert bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe.

Badisches Landestheater Karlsruhe
 Spielplan vom 14. bis 19. Juni 1932.

Im Landestheater:
 Dienstag, 14. Juni. * B 28. Th.-Gem. 501 bis 600. Neu einstudiert: *Margarete*. Große Oper von Coumb. 20 bis 23.15 (5,70).
 Mittwoch, 15. Juni. * E 29. Th.-Gem. II. S.-Gr. Der *Zigeunerbaron*. Von Johann Strauß. 20 bis 22.45 (5,70).
 Donnerstag, 16. Juni. Außer Mietz. Die drei *Musketiere*. Ein Spiel von Venafly. 20 bis nach 22.30 (4,20).
 Freitag, 17. Juni. * G 29. Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte. *Schneider Bibbel*. Komödie von Müller-Schlösser. 20 bis 22.15 (4,20).
 Samstag, 18. Juni. Außer Mietz. Das *Dreimäderlhaus*. Schauspiel von Schubert-Verte. 20 bis 22.45 (4,20).
 Sonntag, 19. Juni. * C 29. Th.-Gem. 1201 bis 1300. *Rienzi*. Große Oper von Wagner. 18.30 bis nach 22 (6,30).



Sonne
BRIKETTS

PORPHYRWERK DOSENHEIM
 HANDELT MIT
 DOSENHEIM
 STRASSENBAU-MATERIAL

Eingeführte Vertreter
 mit gutem Leumund von erster Personal-Kreditkasse gesucht. Hoher sof. Verdienst. L. 902. Angebote an Postachtliefach 222 Saarbrücken

Inferieren bringt Gewinn
 C.142. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Heinrich Schlich, Schreinermeister in Karlsruhe, wurde mangels Masse eingestellt. Karlsruhe, den 7. Juni 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 7.

Öffentliche Verbandsspartasse St. Peter
 Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Schulden	RM
1. Kassenbestand	3 705,81	1. Spareinlagen:	
2. Guthaben bei der Bad. Komm. Landesbank und Postsparkasse	7 826,45	a) neue RM 316 092,07	
3. Darlehen auf Hypotheken	225 225,—	b) Aufw.—	
4. „ auf Schuldscheine	108 369,65	Spareinl. RM 123 933,35	440 025,42
5. „ an Gemeinden	8 050,—	2. Giroeinlagen	12 640,21
6. Aufwertungsfordern.	54 375,02	3. Anlehenskapitalien	19 841,—
7. Einnahmerückstände	27 913,55	4. Rücklagen f. Reservefonds	18 309,22
8. Zuschussforderung an die bürgerliche Gemeinde	59 223,64	5. Sonderrücklage	1 500,—
9. Gerätschaften	500,—	6. Reingewinn v. Jahre 1931	2 873,27
Summe	495 189,12	Summe	495 189,12

Berechnung der Rücklage
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 8% aus 452 665,— RM Einlagen = 36 213,20 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 21 182,49 RM
 Somit weniger 15 030,71 RM
 St. Peter, den 18. März 1932. R.995
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Raier, Bürgermeister. Der Geschäftsführer: Gremmlspacher.

Öffentliche (Gemeinde-)Spartasse Weingarten
 Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
1. Kassenbestand	8 936,28	1. Spareinlagen:	
2. Guthaben bei Banken, und Postsparkasse	836,43	a) Neu-Geschäft	735 151,87
3. Wertpapiere	—	b) Aufwertung	261 062,38
4. Wechsel	1 757,—	2. Giro- und Kontokorrenteinlagen	69 845,71
5. Darlehen a. Hypotheken	605 048,49	3. Sonstige Einlagen	—
6. Darlehen in f. d. Rechnung an Private	231 902,68	4. Anlehens- und andere Schulden	140 678,32
7. Darleh. a. Schuldscheine	108 641,70	5. Ausgaberrückstände	1 094,65
8. Darlehen an Gemeinden	25 000,—	6. Rücklagen	
9. Darleh. a. Körperschaften	24 600,—	a) gesetzliche	14 592,79
10. Aufwertungsfordern.	123 876,68	b) Sonderrücklagen	—
11. Aufwertungsabrechnungskonto	80 586,34	7. Reingewinn 1931	13 390,68
12. Einnahmerückstände	19 625,80		
13. Grundstücke u. Gebäude	—		
14. Gerätschaften	5 000,—		
	1 235 811,40		1 235 811,40

Berechnung der Rücklage:
 Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
 5% aus 1 066 059,96 RM = 53 302,95 RM
 Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1931 27 988,47 RM
 somit weniger 25 319,48 RM
 Weingarten, den 8. Juni 1932. R.997
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Ruf, Bürgermeister. Der Geschäftsführer: Kärcher.

Badische Landesbauspartasse Mannheim

Die neunte Baugeldzuteilung findet am
Montag, den 20. Juni 1932,
 vormittags 10^{1/2} Uhr,
 zu Mannheim im Verwaltungsgebäude des Badischen Sparassens- und Giroverbandes, Augusta-Anlage 33/41 statt. R.916
 Der Vorstand.

**Asphaltierungen
 Isolierungen**
 führt aus
**Rheinische Asphalt- und
 Zementplattenfabrik**
 D. m. b. H.
 Karlsruhe-Hafen



Badisches Landestheater

Sonntag, den 12. Juni 1932
 Zu kleinen Preisen
Lohengrin
 Von Wagner
 Dirigent: Kreps
 Spielleitung: Pruscha
 Mitwirkende:
 Franz, Frischbach, Reich, Dörich, Winter, Hellmuth, Hoffmann, Wotjchmann, J. Gedinger, Hopf, Malinbach, Piefer, Böser, Witschl, Schoepflin, Straß
 Anfang 18^{1/2}, Ende 22^{1/2}, Preise B (0,70—4,20 RM)
 Montag, den 13. Juni 1932
 Volkshöhne: Juniorspiel.

Vor Sonnenuntergang

Schauspiel
 von Gerhart Hauptmann
 Regie: Raumbach
 Mitwirkende:
 Beckram, Ehrhardt, Ermath, Erwig, Frauen-dorfer, Brand, Ernst, Gemmecke, Herz, Höder, Kloeble, Kienicher, R. Müller, Priester, Schulze, v. d. Trend
 Anfang 20. Ende nach 22^{1/2}, Preise B (0,70—4,20 RM)
 Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigegeben
 Die 14.6. Neu einstudiert: *Margarete*. Mi. 15.6. Der *Zigeunerbaron*. Do. 16.6. Die drei *Musketiere*. Fr. 17.6. *Schneider Bibbel*. Sa. 18.6. Das *Dreimäderlhaus*. So. 19.6. *Rienzi*.

Philippstube, S. 7
 Güterrechtsregister-
 tag Band I Seite 216:
 Maurer Max Leopold und
 Rosa Gilda Niehl, beide
 in Philippstube. Durch
 Vertrag vom 30. April 1932
 ist Gütertrennung gemäß
 §§ 1436 ff. BGB. vereinbart.
 Philippstube, 8. Juni
 1932.
 Amtsgericht.

Bekanntmachung

Milchwirtschaftliche Kurse.
 Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern wird an der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg in der Zeit vom 21. bis 23. Juni d. J. für Milchhändler, Milchsammler und für sonstige in milch-wirtschaftlichen Betrieben (Tiefkühl- und Molkereistationen) verantwortlich beschäftigte Personen mit Ausnahme von Molkereipersonal, zur Erwerbung der erforderlichen Sachkunde (§ 14 RMG, § 61 und § 79 (2) Ziffer 2 b der badischen Vollzugsbestimmungen zum RMG.) ein dreitägiger Ausbildungskurs abgehalten. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Im Bedarfsfalle werden die Unterrichtsgänge, in denen Vorträge über Milchbildung, Eigenschaften und Zusammensetzung der Milch, Milchkontrolle, Milchverwertung, Bakteriologie der Milch, gesetzliche Bestimmungen neben praktischen Übungen für die Milchannahme, Vorprüfung der Milch usw. stattfinden, wiederholt werden.
 Die Kursgebühr beträgt 5 RM. Für den Ausweis über den erfolgreichen Besuch und die erworbene Sachkunde für die Genehmigung zum Handel mit Milch, sowie zur Leitung von Milchmehlmüllern, Tiefkühl- und Molkereistationen ist eine Gebühr von 3 RM zu entrichten. R.918
 Der Kurs beginnt am Dienstag, den 21. Juni, vormittags 9 Uhr, in dem Hörsaal der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt. Anmeldungen mit Angabe der bisherigen Beschäftigung sind an die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg bis zum 18. Juni d. J. zu richten, die auch weitere Auskünfte erteilt.
 Augustenberg/Post Gröbzingen i. B., 1. Juni 1932.
 Staatliche Landwirtschaftliche Versuchsanstalt
 M a G.

Einladung zur Landesversammlung des Badischen Krüppelfürsorgevereins

am Samstag, den 18. Juni 1932, nachmittags 15^{1/2} Uhr, im Museum Heidelberg, Pfad 50. R.910
Tagesordnung:
 1. Erstattung des Jahresberichts.
 2. Erstattung des Kassenberichts.
 3. Die sachungsgemäß erforderliche Neuwahl des Vorstandes.
 4. Satzungsänderungen.
 5. Plan zur Stiftung eines Freibettes.
 6. Anträge (solche bitten wir spätestens 5 Tage vor der Versammlung schriftlich anzumelden).
 7. U. U. Vortrag: Angeborene Krüppelheiten (mit Bildern). Vortragender: Herr Prof. Dr. von Weeyer, Heidelberg.
 Vormittags 10^{1/2} Uhr findet eine Führung durch die Orthopädische Klinik und das Wielandheim Heidelberg-Schlierbach statt. Abfahrt mit der elektr. Straßenbahn am Karlsruher 10⁰⁰ Uhr.
 Der Vorstand.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Bad. Beamtenkrankenkasse Karlsruhe

EINLADUNG
 Unsere Mitglieder werden hierdurch zu der am Sonntag, den 10. Juli 1932, vormittags 9⁰⁰ Uhr in Karlsruhe im Bürgersaal des Rathauses stattfindenden
ordentl. Mitgliederversammlung
 höflich eingeladen
Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht 1931/32
 2. Rechnungsabschluss und Bericht der Kassenprüfer
 3. Ergänzungswahl d. Mitglieder-ausschuss
 4. Anträge und Wünsche 914
Der Vorstand